

Pressemitteilung

12. April 2018

Jahresempfang des SoVD NRW

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: NRW-Landesregierung muss mindestens einen Gang höher schalten

Der Landesvorsitzende des SoVD NRW, Franz Schrewe, hat auf dem heutigen Jahresempfang des Verbands ein klares Bekenntnis zum Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe eingefordert und die Landespolitik in diesem Zusammenhang aufgerufen, bei der Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention endlich aufs Tempo zu drücken: „Wir brauchen gleichwertige Lebensverhältnisse in diesem Land, das ist das Ziel. Und wenn das erreicht werden soll (und das soll es!), dann muss NRW gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden endlich auf eine landesweite, weitestgehend einheitliche, flächendeckende Umsetzung der UN-BRK hinwirken“, erklärte Schrewe in Anwesenheit vieler Vertreterinnen und Vertretern des Landtags und vor insgesamt fast 100 Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und öffentlichem Leben. NRW dürfe es nicht den Städten und Kommunen überlassen, ob und wie weit diese sich an die Vorgaben der BRK halten oder nicht: „Das Land muss den Hut aufhaben“, so seine eindringliche Forderung.

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte Schrewe vor allem die enormen Teilhabe-Defizite beim Wohnungsbau. Das NRW-Bauministerium habe in den letzten Wochen öffentlich den Anschein erweckt, die neue Landesbauordnung würde für Barrierefreiheit im Neubau sorgen. Davon könne jedoch leider keine Rede sein, betonte der SoVD-Landesvorsitzende und sprach von einer „Mogelpackung“. Es sei bislang völlig unklar, was Barrierefreiheit bei Wohnungen überhaupt bedeuten soll. Außerdem gebe es gar keine verbindlichen Vorgaben, um sicherzustellen, dass diese Wohnungen auch von allen Menschen – auch die im Rollstuhl – erreichbar sind, zum Beispiel durch Aufzüge und ausreichend breite Zugangsbereiche: „Das geht alles gar nicht und das werden wir auch sehr deutlich machen“, ergänzte Schrewe mit Blick auf die bevorstehende Anhörung vor der Monitoring-Stelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Dieses war von der Landesregierung damit beauftragt worden, die Fortschritte bei der UN-BRK-Umsetzung zu überprüfen.

Der SoVD (Sozialverband Deutschland) ist mit über 580 000 Mitgliedern einer der größten Sozialverbände in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen gehören dem SoVD NRW e.V. rund 100 000 Menschen an. Die Organisation wurde 1917 als Vertretung von Kriegsgeschädigten gegründet. Heute sieht sich der Verband als moderner Dienstleister mit breitem thematischem Spektrum. Der SoVD berät und vertritt seine Mitglieder professionell in sozialrechtlichen Fragen wie Rente, Kranken- und Pflegeversicherung, Schwerbehindertenrecht, Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung gegenüber Behörden und vor Sozialgerichten. Darüber hinaus setzt sich der SoVD auf sozialpolitischer Ebene für die Interessen behinderter, chronisch kranker, pflegebedürftiger, älterer und sozial benachteiligter Menschen ein. Weitere Informationen unter www.sovd-nrw.de